



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen

Sitzungstermin:	Montag, 19.06.2023
Sitzungsbeginn:	18:01 Uhr
Sitzungsende:	20:11 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r

Dr. Mignon Schwenke

Mitglied

Katharina Horn

Ibrahim Al Najjar

ab 18:30 Uhr

Rita Duschek

Antonia Linea Huhn

Thomas Kerl

bis 19:15 Uhr

Erich Cymek

Vertretung für: Karola Lüptow

Johanna Splieth

Vertretung für: Jana Neuhaus; bis 20:11 Uhr

Henry Spradau

Ivo Sieder

Vertretung für: Myrthe Stahlkopf

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Dr. Jörg Valentin

Marco Wandrey

Kira Wisnewski

Protokollant/in

Jana Heße

Abwesend

Mitglied

Karola Lüptow

entschuldigt

Jana Neuhaus

entschuldigt

Waldemar Rother

abwesend

Myrthe Stahlkopf

entschuldigt

Verwaltung:

Benny Sören Bernardt - Behindertenbeauftragter
André Hollandt – Amt für Bildung, Kultur und Sport
Carola Felkl - Amt für Bildung, Kultur und Sport
Niels Gatzke - Stadtbauamt
Anna Gatzke - Integrationsbeauftragte

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.05.2023
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Vorstellung der Ergebnisse zum Thema "Housing First"
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Sachstandsbericht der Quartierskoordination
- 8 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 9 Beschlusskontrolle
- 10 Beratung der Beschlussvorlagen
- 10.1 Badesatzung Strandbad Eldena BV-V/07/0765
- 10.2 Grundversorgung sichern - Signal für körperliche Selbstbestimmung setzen BV-P-ö/07/0300-02
Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
neue Version am 19.06.2023
- 11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses
- 12 Ende der Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.05.2023
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 7.1 Untermietvertrag zur Trägerschaft des Jugendfreizeitentrums TAKT in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-V/07/0783
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Schwenke eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Mit 11 Mitgliedern ist der Ausschuss beschlussfähig.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Abstimmung zum Rederecht bei TOP 4 „Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen“

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

Abstimmung zum Rederecht zu TOP 10.2 „Grundversorgung sichern - Signal für körperliche Selbstbestimmung setzen“

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

Herr Cymek und Frau Horn nehmen an der Sitzung teil.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.05.2023

Kein Änderungsbedarf

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	4

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Frau Wilkewitz stellt mit Frau Schwertfeger den Verein „Tiertafel mit Herz“ vor. Das Konzept beinhaltet Hilfe und Unterstützung für hilfebedürftige und geflüchtete Menschen mit Tieren. Die Versorgung der Tiere steht im Vordergrund.

Der Verein braucht Unterstützung und Hilfe bei der Suche nach Räumlichkeiten und Beantragung von Förderungen.

Frau Horn fragt, wieviel Menschen den Verein bereits unterstützen und wie man den Verein erreichen kann.

Frau Wilkewitz ergänzt, dass es 8 Mitglieder gibt. Der Kontakt zu „der Tiertafel Wismar“ wurde bereits aufgenommen.

Herr Sieder erfragt, ob der Kontakt mit „der Tafel“ aufgenommen wurde um ggf. die Räumlichkeiten mit zu nutzen und es Menschen gibt, die mit ihren Tieren dort schon hingehen.

Frau Schwertfeger gibt an, dass der Kontakt aufgenommen wurde, eine Antwort noch aussteht.

Frau Dr. Schwenke erfragt, wie die Menschen mit Tieren gefunden werden?

Frau Wilkewitz gibt an, dass die Personen auf Sie zugegangen sind.

Frau Felkl erfragt ob der Verein schon eingetragen ist und nennt die Ehrenamtsstiftung. Die Stiftung unterstützt Vereine bei der Gründung und bei Anträgen zur Förderungen.

5 Vorstellung der Ergebnisse zum Thema "Housing First"

Herr Wilberg betreut das Projekt „ZIG“ (Zuhause in Greifswald) SoPHi Greifswald GmbH und stellt es vor. Es richtet sich an erwachsene Wohnungslose und Menschen, die drohende Wohnungslosigkeit befürchten. Das Ziel besteht darin, Wohnungslosigkeit abzuwenden oder zu beenden. Soziale Schwierigkeiten dauerhaft zu überwinden und eine selbstständige Lebensführung herbeizuführen. Die WVG stellt hierfür 10 Wohnungen zur Verfügung.

Frau Horn fragt nach, wie die Betroffenen von dem Projekt erfahren.

Herr Wilberg teilt mit, dass die Wohnungslosen sie selbst ansprechen.

Herr Nicolai sagt, dass junge Erwachsene unter 25 Jahren ebenfalls ein Augenmerk haben sollen.

Frau Dr. Schwenke ergänzt, dass es viele junge Leute gibt, die eine Anlaufstelle haben, denen aber ohne Bereitschaft zur Mitwirkung schwer geholfen werden kann.

Herr Wilberg ergänzt, dass viele junge Leute das Projekt als Anlaufpunkt nehmen und in anderen Hilfesystemen mit Wohnungen versorgt werden. Die Netzwerke werden weiter ausgebaut.

Frau Duschek erfragt, wie viele Menschen bereits Hilfe erhalten haben.

Herr Wilberg gibt an, in den letzten 2 Wochen wurden 6 Menschen aus der Wohnungslosigkeit in den eigenen Wohnraum gebracht.

Herr Kerl möchte wissen, ob das Budget die 10 Wohnungen auf 20 Wohnungen erhöht werden kann?

Herr Wilberg antwortet, dass zunächst 10 Wohnungen für das Projekt sicher sind.

Herr Kerl geht auf die Ausschlusskriterien ein, Herr Wilberg erläutert diese und welche weiteren Lösungen möglich sind.

Frau Horn fragt, wie die Menschen mit einer Räumungsklage von der WVG unterstützt werden können.

Herr Wilberg teilt mit, dass diese Menschen auch an diesem Projekt teilnehmen können.

Herr Adomeit merkt an, die Menschen, die schon bei der WVG waren, werden in einem gesonderten Verfahren versorgt. Herr Valentin erfragt, ob die WGG als Organisation ebenfalls vertreten ist.

Herr Wilberg teilt mit, dass die WGG noch nicht dabei ist. Bei weiterer Wohnraumakquise wird man an die WGG herantreten.

Herr Al Najjar nimmt ab 18:30 an der Sitzung teil.

6 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gatzke informiert, dass in einem Objekt der WVG 6 Wohnungen dem Landkreis Vorpommern Greifswald zur Unterbringung von Geflüchteten übergeben wurden. Es werden bis zu 28 Plätze derzeit hergerichtet. Der Landkreis plant, die dort Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine. Laut dem Landkreis VG sollen weitere Wohnungen in dem Gebäude vorbereitet werden und 100 Plätze entstehen.

Am 10.06.2023 wurde erstmals eine Veranstaltung „Greifswald im Dialog, wie gestalten wir die Herausforderung der Zuwanderung in Greifswald“ mit ausgewählten Teilnehmenden durchgeführt. 428 Bürger*innen wurden per Zufall des Einwohnermeldeamtes angeschrieben. Von 44 Rückmeldungen, wurden 20 Teilnehmende eingeladen, 19 nahmen teil. Ein konstruktiver Austausch mit dem Wunsch nach weiteren Gesprächen fand statt. Die Ergebnisse werden erarbeitet und allen Teilnehmenden zur Verfügung gestellt.

Frau Felkl stellt das Projekt „Aufenthalts- und Aneignungsflächen für Jugendliche“ vor. Es gibt keine Flächen für Jugendliche, die separat oder an Gebäude/Jugendclubs gebunden sind. Die Verwaltung hat sich Flächen angeschaut und zur Unterbringung für eine Containervariante entschieden. Dieser wird von den Jugendlichen in Zusammenarbeit mit fachkundiger Begleitung und Straßensozialarbeitern mit eigenen Ideen ausgestattet und betreut. Die Fläche der Sporthalle 4 wurde ausgewählt und in der Ortsteilvertretung vorgestellt. Die Betreuung erfolgt mit den Straßensozialarbeitern und dem Quartiersmanagement.

Frau Prof. Dr. Tolani fragt, ob bei Schäden die Jugendlichen zur Verantwortung gezogen wurden.

Frau Felkl berichtet, dass die Schäden nicht so relevant waren, dass es zu einer Anzeige kam.

Frau Dr. Schwenke befürwortet das Projekt, fragt sich, ob die Fläche für Anwohner und Jugendliche, das Richtige ist. Wer sind die Betreuer und wer hat die Aufsicht dafür.

Frau Felkl antwortet, dass dies ein Experiment ist und hofft auf das Eigeninteresse der Jugendlichen, dies ordentlich zu nutzen.

Herr Nicolai ergänzt, dass den Jugendlichen Flächen für sich selber gefehlt haben und in anderen Städten es dafür positiv Resonanz gibt.

Herr Bernhardt informiert, aus der AG barrierefreie Stadt vom 15.05.2023. Eine Sozialarbeiterin nahm teil und berichtete, mit einigen Märkten in den Gesprächen zu sein, um „stille Stunde“ für Menschen aus dem autistischen Spektrum einzuführen. Damit diese in reizarmer Umgebung einkaufen können.

Ein weiteres Thema ist, der Ausbau des Knotenpunktes nach dem Verkehrskonzept. Eine Priorisierungsliste des Ausbaus wurde zugearbeitet.

Die AG begrüßt den Rufbus „Friedrich“, sieht hinsichtlich der Einsatzplanung noch etwas Optimierungsbedarf.

Im Juli findet mit der AG und der WVG eine Besichtigung neuer barrierefreier Wohnungen statt.

Herr Kerl fragt, zu welcher Zeit die „stille Stunde“ stattfinden soll.

Herr Bernhardt nennt 2 Zeiträume, die in Betracht kommen könnten.

Herr Dr. Valentin fragt, nach einer Stellungnahme zu dem wilden Abstellen der E-Roller.

Herr Bernhardt teilt mit, dass der Anbieter auf Rückmeldung angewiesen ist, um dann die E-Scooter Abstellflächen einzugrenzen. Die Sichtbarkeit der Roller zu dunklen Zeiten wird bearbeitet.

7 Sachstandsbericht der Quartierskoordination

*Herr Kerl verlässt um 19:30 Uhr die Sitzung.
Frau Wisnewski verlässt um 19:13 Uhr den Raum.
Frau Wisnewski betritt um 19:16 Uhr den Raum.*

Herr Gatzke stellt die Aufgaben und Grundlagen der Quartiersarbeit vor. Seit 2004 gibt es das Quartiersmanagement in Schönwalde II. Im Jahr 2020 wurde dies auch nach Schönwalde I und in das Ostseeviertel transferiert. Das Programm umfasst Stellen, Präsenz in den Stadtteilen und Vorschläge für die Strukturen und Aufgaben. In Schönwalde II gibt es donnerstags eine Sprechstunde und im Ostseeviertel am Dienstag. Die Zusammenarbeit wird mit einer Lenkungsgruppe, mit verschiedenen Vertretern, durchgeführt. Es werden Anträge, stadtteilbezogene Fragen und der integrierte Handlungsbedarf gesprochen. An verschiedenen Netzwerken wird mitgearbeitet. Das integrierte Handlungskonzept wird mit der Lenkungsgruppe abgestimmt, um spezifische Analysen und Maßnahmenvorschläge zu abgestimmt. Dazu finden Gespräche mit Stadtteilen, Akteuren und Bewohner*innen statt.

Anlage 1 Quartierskoordination - Sachstandsbericht öffentlich

8 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

keine

9 Beschlusskontrolle

Housing First
Weiterentwicklung Quartiersmanagement

10 Beratung der Beschlussvorlagen

10.1 Badesatzung Strandbad Eldena

BV-V/07/0765

Herr Sieder möchte auf die Begründung für die ursprüngliche Einbringung eingehen, dass die weibliche und männliche Brust gleichzustellen zu stellen ist. In der Satzung ist nun der „Burkini“ aufgeführt, warum ist dieses Kleidungsstück aufgeführt.

Frau Wisnewski erklärt, dass Deutschland verpflichtet ist, auch die Religionsfreiheit und die Ausübung der Religionsfreiheit zu gestatten.

Frau Dr. Schwenke ergänzt, in dem Antrag geht es darum, dass jeder Mensch sein Selbstbild eigenständig entscheiden kann.

Frau Gatzke informiert, dass es eine Aufzählung verschiedener Kleidungsstücke ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	4	1

10.2 Grundversorgung sichern - Signal für körperliche Selbstbestimmung setzen

BV-P-ö/07/0300-02

Frau Splieth bringt die neueste Version der Vorlage ein. Die Bürgerschaft der Universität – und Hansestadt Greifswald, appelliert an die Universitätsmedizin Greifswald, bei Einstellung von Gynäkologen darauf zu achten, ob die Bereitschaft besteht, Schwangerschaftsabbrüche aufgrund sozialer Indikation vorzunehmen. Schnellstmöglich muss die Grundversorgung mit medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen fest etabliert werden. Es besteht das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, der §218 des StGB müsse abgeschafft und ein Schwangerschaftsabbruch enttabuisiert werden.

Frau Dr. Schwenke gibt die inhaltliche Meinung von Prof. Dr. Zygmunt wieder, da eine Anwesenheit nicht möglich sei.

Herr Zygmunt betont, niemandem vorzuschreiben, Schwangerschaftsabbrüche nicht durchzuführen. Als Klinikchef bestehe er darauf, dass alle gesetzlich vorgeschriebenen Regularien eingehalten werden. Abbrüche nach kriminellen Handlungen oder medizinischen Indikationen werden durchgeführt, lediglich aufgrund sozialer Indikation nicht.

In den Einstellungsgesprächen ist dies kein Bestandteil. Herr Zygmunt sieht keinen Grund, dies zu ändern, die Bewerbersituation könnte beim Aufnehmen des Themas schlechter werden.

Er beruft sich auf Meinungsumfragen in der Bundesrepublik, wonach die Mehrheit den §218 weiter aufrechterhalten will, und damit Schwangerschaftsabbrüche weiter dem Strafrecht unterliegen. Jeder Arzt hat das Recht, diese Eingriffe abzulehnen. Ein Abbruch kann in Stralsund vorgenommen werden.

Frau Prof. Dr. Tolani, war auch im Austausch mit Herrn Prof. Dr. Zygmunt. Die Abschaffung des § 218 ist kurz gegriffen und einseitig. Es geht um das menschliche Leben, das durch den §218 StGB geschützt ist. Die Mutter und das nicht geborene Kind sind als gleichrangige Individuen anzusehen. Die Entscheidungsfreiheit der schwangeren Frau ist ein Schutzgut, was anerkannt werden muss. Daraus ergibt sich ein Güterkonflikt, den der Gesetzgeber unter den Voraussetzungen des §218 damit unter Fristen und Beratungslösungen als straffrei anerkennt.

Frau Horn informiert, dass ein Appell kein Beschluss ist. Es besteht eine Versorgungslücke, auch wenn Frauen aus den umliegenden Orten nicht in Greifswald den Eingriff vornehmen lassen können, sondern nach Stralsund fahren müssen.

Frau Wagner-Gillen und Louisa Keppler von der AG Medizin und Menschenrechte, schildern Ihre Perspektive. Schwangerschaftsabbrüche sind einige der häufigsten gynäkologischen Eingriffe. 96 % davon finden nach den Beratungsregeln statt. Dieser Eingriff weist am geringsten Folgekomplikationen auf. Die Zahl der Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert, viele werden in den nächsten Jahren in Rente gehen. Daher ist es wichtig, eine flächendeckende Grundversorgung in diesem Bereich zu bieten. Die Unimedizin Greifswald sollte dies durchführen und lehren. In der Facharztausbildung wird dies nicht praktiziert.

Aus persönlichen Gesprächen ist bekannt, dass es einige Assistenzärzt*innen geben würde, diese Abbrüche vornehmen würden.

Die AG fordert die gynäkologische Klinik auf, eine anonyme Umfrage mit den Beteiligten durchzuführen. Um herauszufinden, ob Schwangerschaftsabbrüche nicht doch an der UMG möglich sind.

Herr Sieder gibt an, dass der Abbruch nach Lernzielkatalog gelehrt wird. Medizinische und andere notwendige Abbrüche werden in Greifswald durchgeführt.

Frau Dr. Schwenke teilt mit, dass es zwei gesetzliche Regelungen gibt, die miteinander nicht vereinbar sind. Das Recht der Frauen, die ihre Hürden überwunden haben, und das Recht der Ärzte, diesen Abbruch nicht durchführen zu müssen, passen nicht zueinander.

Eine Vertreterin spricht für die Aktionsgruppe „Neonlila“, warum Schwangerschaftsabbrüche in Greifswald wichtig sind. Abtreibungen nicht durchzuführen, sorgt für psychische, physische und finanzielle Belastung. Es trägt zur mentalen Gesundheit bei, wenn eine Person selbst über Ihren Körper und die Zukunft entscheiden darf. Die Universitätsmedizin Greifswald sollte die Menschen bei wohlüberlegten Entscheidungen unterstützen und ihnen nicht weitere Steine in den Weg legen.

Frau Splieth gibt an, dass es eine kleine Korrektur gibt. Die neuste Version bei der Beschlussvorlage beinhaltet nach Rücksprache mit Prof. Dr. Zygmunt, nicht mehr den Satz: „Darauf zu achten bei der Einstellung.“

Der Herr Spradau erklärt, dass sich die SPD dafür einsetzt, dass alle Möglichkeiten geschaffen und erhalten werden, um einen Abbruch zu machen zu können, mit einer zusammenhängenden Beratung und Nachsorge. Dafür gibt es eine Richtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses, auf die man verweisen kann. Den Appell, mit einer Aufforderung den §218 abzuschaffen, ist Bundesrecht und die Bürgerschaft von Greifswald sollte nicht in die Kompetenzen eingreifen dürfen.

Herr Dr. Valentin merkt an, dass es schwer ist, den Antrag von diesen Antragstellern ernst nehmen zu können. Denn man muss festhalten, was von diesen Antragstellern infrage gestellt wird: „Was eine Frau ist“. Die echten Frauen werden damit ins Abseits gestellt.

Frau Splieth kann dies nicht nachvollziehen.

Frau Schmidt ist Medizinstudentin und merkt an, dass die Schwangerschaftsabbrüche seit dem letzten Semester gelehrt werden. Sensibilisiert dafür, dass man wohnortnah eine Schwangerschaft beenden kann. Informiert über den Weg bis zum Abbruch.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	4	2

11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Herr Nicolai informiert, dass die Wahl des Kinder- und Jugendbeirates vom 09.06. – 15.06.2023 stattfand. 2314 Kinder- und Jugendliche haben sich an der Wahl beteiligt. 5622 Stimmen wurden vergeben, es stellten sich 39 Kandidaten im Alter zwischen 10 und 21 Jahren auf. 13 neue Mitglieder wurden gewählt.

Frau Dr. Schwenke und Frau Horn freuen sich, die neuen Mitglieder demnächst in dem Ausschuss und in den Fraktionen begrüßen zu können.

12 Ende der Sitzung

Die Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung um 20:03 Uhr.

Vorsitz:

Protokollant/in:

Dr. Mignon Schwenke

Jana Heße